

Rede
von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
anlässlich der 1. Lesung des Haushalts 2008
im Landtag Nordrhein-Westfalens
am 22. August 2007

- Es gilt das gesprochene Wort -

I.

Vor wenigen Tagen haben wir auf Schloss Cappenberg den 250. Geburtstag des Freiherrn vom Stein und das 200jährige Jubiläum der Stein-Hardenbergschen Reformen im Jahre 1807 gefeiert.

Es waren einige deutsche Politiker – vom Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau und Wilhelm von Humboldt –, die diese Reformen ins Werk gesetzt haben. Ihre Leistung war außerordentlich. Sie haben die Fundamente für ein modernes Deutschland gelegt.

Manches, was heute zur Grundausstattung moderner Staaten gehört, wurde damals eingeführt: Die kommunale Selbstverwaltung, die Gewerbefreiheit, die Wehrpflicht, die Einkommensteuer (wenn auch nur vorübergehend und mit einem Spitzensatz von 5 Prozent).

Die Reformer wussten damals schon, was wir heute in Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und angesichts der Probleme der europäischen Industriegesellschaften im Strudel der Globalisierung erst erleben.

Wir können gerade heute vom Geist dieser Reformen viel lernen. Es ist der Geist der Selbstbestimmung und

Selbstverantwortung. Der Staat soll Sicherheit geben, aber er soll die Menschen nicht bevormunden, sondern machen lassen.

Die Reformer wussten, dass es angesichts von verkrusteten Strukturen keine Alternative dazu gab, Neues zu wagen. Mit den Reformen taten sich neue Chancen auf. Und das Land nutzte sie.

Es war und ist leicht, dagegen Widerstand zu mobilisieren, wenn die die positiven Wirkungen erst mittel- und langfristig eintreten. Aber der Mut zur Veränderung, der Mut etwas Neues zu wagen, ist notwendig, wenn das Land nicht den Anschluss verlieren soll. Das gilt heute wie damals.

Wir haben 2005 eine Erblast aus 39 Jahren sozialdemokratischer Regierung in Nordrhein-Westfalen übernommen, die ihresgleichen sucht.

39 Jahre SPD, das hieß:

- 110 Milliarden Euro Schulden
- über eine Million Arbeitslose
- eine verkrustete und überfrachtete Bürokratie
- eine marode Infrastruktur
- unfreie Hochschulen
- und vor allem das unsozialste Schulsystem in Deutschland, das vielen Kindern gerade keine Chance zum sozialen Aufstieg gab!

Diese Erblast müssen wir abtragen. Ich sage: Wer stehen bleibt, fällt zurück. Wer Neues wagt, gewinnt. Auch wenn der Weg nicht bequem, sondern bisweilen hart und steinig ist. Aber es gibt keine Alternative, wenn wir Wohlstand für alle im 21. Jahrhundert sichern wollen.

II.

Wir machen Nordrhein-Westfalen fit für das 21. Jahrhundert. Dabei konzentrieren wir uns auf vier große Ziele.

1. Eine grundlegende Bildungsreform mit mehr Durchlässigkeit, mehr individueller Förderung und mehr Selbstständigkeit sowie dem Aufbau eines Ganztagschulsystems.
2. Die Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft durch die Verbindung von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit.
3. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen, um wieder in Bildung, Innovationen und Infrastruktur investieren zu können, statt nur Schulden der Vergangenheit zu bezahlen.
4. Wir bauen aus Nordrhein-Westfalen und den Benelux-Ländern gemeinsam die stärkste Metropolregion in Europa. Diese Region war die industrielle Kernregion des Kontinents. Sie wird attraktiv für Menschen aus aller Welt, indem wir

gemeinsam auf Talente, Technologie und Weltoffenheit setzen. Gemeinsame Universitäten und Kliniken, gemeinsame Energieversorgung, grenzüberschreitender Umweltschutz, gemeinsame Raumplanung sind möglich.

III.

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir den Menschen im Land in den vergangenen zwei Jahren bereits viel zugemutet. Dafür gebührt ihnen großer Dank.

Wir leben in schwierigen Zeiten. Und es wäre ein Wunder, wenn es gegen einige dieser Veränderungen keine Proteste gäbe. Das gehört zur Demokratie. Und wir nehmen das ernst.

Aber: Wann, wenn nicht jetzt ist die richtige Zeit, um weitere wichtige Weichen zu stellen?

Wann, wenn nicht jetzt, ist die richtige Zeit, um weitere Reformen auf den Weg zu bringen?

Der Aufschwung, den wir zurzeit erleben, zeigt uns, dass sich der Einsatz lohnt. Wir können die ersten Früchte unserer Anstrengungen ernten.

Die Wirtschaft wächst so stark wie seit Jahren nicht mehr. Die Unternehmensinsolvenzen gehen stark zurück.

Der Exportmotor läuft rund. Im Juni stiegen die Ausfuhren Nordrhein-Westfalens um 14,5% gegenüber Juni 2006.

Die Arbeitslosigkeit sinkt. Allein im 1. Halbjahr um 170.000 oder 16,6%. Besonders erfreulich ist der Rückgang bei der Jugendarbeitslosigkeit von über 25%.

Die Neuverschuldung im kommenden Jahr ist mit 1,99 Mrd. Euro die niedrigste seit 1977.

Alle Studien zeigen: Wir holen auf. In der Bildung. Bei den Innovationen. Bei den Unternehmensgründungen. Im Jahr 2006 waren wir „Aufsteiger Nr. 1“. In diesem Jahr sind wir „Mittelstandsland Nr. 1“. Wir haben Rheinland-Pfalz überholt.

Diese Landesregierung lässt sich deshalb von ihren ehrgeizigen Zielen nicht abbringen.

IV.

Weitere wichtige, konkrete Reformvorhaben stehen jetzt an. Ich nenne nur einige Beispiele.

- Kinderbildungsgesetz
- weiterer Ausbau der Ganztagschule
- Überarbeitung des Curriculums der Hauptschule
- Reform der Lehrerausbildung
- Offensive für mehr Ingenieurnachwuchs
- Modernisierung des Sparkassenrechts
- Pension mit 67
- Fortsetzung der Verwaltungsmodernisierung
- Novellierung des Landesplanungsgesetzes
- Novellierung des Landeswassergesetzes
- Klimafolgenstrategie
- Lehrstellen: Handwerk und Industrie haben genug Lehrstellen für alle, die wollen und können. Sie haben das angekündigt. Ich nehme sie beim Wort. Jetzt geht es vor allem um die Altbewerber. Unser Werkstattjahr ist ein Erfolg. Gerade auch für Absolventen der Hauptschule. Ich plädiere dafür, dass ein Teil der Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit dafür verwendet wird, um bundesweit rund 20.000 zusätzliche Lehrstellen zu finanzieren, ein Fünftel davon in Nordrhein-Westfalen.

V.

Es geht aufwärts. Aber mancher Politiker reagiert auf jede Umfrage so, als ob sich etwas verändert hätte.

Ein Gespenst geht um in Deutschland: Die Linke. Die SPD verfällt in Schockstarre vor Lafontaine. Mir macht das Sorge.

Es gibt keine linke Mehrheit in Deutschland. Auch nicht in Nordrhein-Westfalen.

Die SPD ist zerstritten, wie sie reagieren soll. Beck will die Linke bekämpfen. Die NRW-SPD antwortet mit einem Linksruck.

Die Gewerkschaften gehen auseinander.

Die Geschichte wiederholt sich nicht. Aber man kann aus der Geschichte lernen. In der Weimarer Republik hat die Spaltung der SPD in eine USPD und eine MSPD zu einer Radikalisierung der Parteien geführt. Das politische Klima wurde vergiftet. Aus der USPD wurde die KPD. Die Demokratie wurde geschwächt. Die Wirtschaft brach ein. Deutschland wurde gespalten.

Wenn sich die neue, radikale Linkspartei etabliert, dann stellt sich die Frage nach der Zukunft der Volksparteien. In dem Fall bei der SPD.

Aber es gibt nicht nur auf der Linken Probleme! Alle Parteien in Deutschland haben an Vertrauen verloren. Radikale Konzepte und Populismus sind keine Lösungen – weder auf der Linken noch auf der Rechten. Wir müssen gemeinsam entschlossen gegenhalten.

Nur Teile der SPD kämpfen gegen die Linke. Und die SPD in Nordrhein-Westfalen zeichnet sich vor allem durch Wankelmut aus.

- Erst ist sie gegen den Kohleausstieg. Jetzt ist sie für das mit der Bundesregierung ausgehandelte Ergebnis.

Zitat Hannelore Kraft, 22.5.2007: „Die kohlepolitische Entscheidung ist ein Kompromiss. Dieser Kompromiss ist für uns tragbar – ist nicht das, was wir uns gewünscht haben, aber er ist tragbar.“ Quelle: 17.30 Live Das Regionalprogramm, Sat.1)

- Mal ist sie für, mal gegen die Unternehmenssteuerreform von Minister Steinbrück.
- Mal ist sie für weniger Schulden. Mal wirft sie der Landesregierung vor, zu viel zu sparen.
- Man kann nicht selbst Studiengebühren für Langzeitstudierende einführen und dann gegen Studiengebühren sein.

Das ist eine Politik der gespaltenen Zunge.

Eher wird Lafontaine wieder SPD-Vorsitzender, als dass Frau Kraft weiß, wo sie hin will.

Frau Kraft: Sie haben bisher nicht den Mut gehabt, sich von Ihrer verfehlten Politik der letzten Jahre zu distanzieren. Das mag schwer sein, wenn man selbst der abgewählten Regierung angehört hat.

Jahrelang haben sich die Sozialdemokraten gegen eine Generalrevision der Hartz-Reformen gestemmt. Zum Beispiel, was das Arbeitslosengeld I angeht oder auch das Schonvermögen.

Jetzt sagt Frau Kraft, ich zitiere die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19. August 2007: „Wie jedes andere Gesetz müssen sie aber gelegentlich überprüft werden.“

Was denn nun, Frau Kraft. Wollen Sie die Sätze erhöhen? Sind Sie jetzt doch für eine gerechtere Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes? Für die Erhöhung des Schonvermögens?

Mein Amtsvorgänger, Bundesfinanzminister Steinbrück, sagt in der Frankfurter Rundschau über seine Partei, die SPD: „Den Leuten kommen wir im Moment wie eine Heulsuse vor.“

Starker Tobak. Aber der war ja noch nie ihr Freund.

So jedenfalls kommen Sie nie mehr aus dem „Zwanzigprozentbunker“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.8.2007) heraus.

VI.

Und Sie sollten bei der Wahrheit bleiben.

Die SPD behauptet jetzt, sie hätte für die Schulen in unserem Land ein neues Modell entwickelt. In Wahrheit ist es aber die alte Koop-Schule von 1976.

Damals, 1976, sind die Sozialdemokraten an den Eltern und den Lehrern gescheitert. In ihrer eigenen Regierungszeit hat sich die SPD dann nicht mehr getraut, die Einheitsschule flächendeckend einzuführen. Jetzt ist das Modell angeblich neu. Die Einheitsschule ist aber nicht neu, sondern das älteste Modell der Schulpolitik in Deutschland. Vorwärts zurück in die 68iger Jahre.

Was wollen Sie jetzt mit der Einheitsschule? Warum sagen Sie den Menschen nicht, was Ihre Ideen konkret bedeuten?

Ich sage es Ihnen:

Erstens: Die flächendeckende Einführung der Einheitsschule bedeutet die Zerschlagung der bisherigen Realschulen und Gymnasien.

Zweitens: Einheitsschulen müssen große Schulen mit über 1.000 Schülern sein. Anders lässt sich ein breites Fächerangebot gar nicht realisieren. Das bedeutet:

- Hunderte von Schulorten müssen aufgegeben werden.
- Die Kinder hätten jeden Tag deutlich längere Schulwege zurückzulegen.

Drittens: Teure Ausbauten und Umbauten wären notwendig. Das würde Milliarden kosten. Die Kapazitäten unserer heutigen Schulgebäude reichen nicht für so viele große Einheitsschulen.

Viertens: Für die flächendeckende Einheitsschule braucht man, vorsichtig geschätzt, 10.000 zusätzliche Lehrer. Das würde jährlich rund 500 Mio. Euro, ohne Versorgungslasten, zusätzlich kosten.

Frau Kraft, es gibt keine wissenschaftlichen Belege dafür, dass die Einheitsschule besser wäre. Warum wollen Sie die Einheitsschule dann? Das ist reine Ideologie.

Ich empfehle Ihnen: Hören Sie auf die Schulpraktiker. Davon haben Sie ja auch in Ihrer Partei welche. Mich erstaunt nicht,

dass diese sich jetzt im Vorfeld Ihres bildungspolitischen Parteitags am kommenden Wochenende zu Wort melden.

Erlauben Sie mir, dass ich aus dem breit gestreuten Brief zitiere, den vor wenigen Tagen zahlreiche Schulpraktiker an den SPD-Landesvorstand geschickt haben. Die Presse hat bereits berichtet. Dort heißt es, ich zitiere:

„Wir halten die Vorschläge in dem vorliegenden Antrag für eine Schulstrukturreform weder für hinreichend begründet noch für vermittelbar und politisch durchsetzbar. Sie unterhöhlen ein in langen Jahren gewachsenes Vertrauen in eine verlässliche und auf einem breiten Konsens ausgerichtete Bildungspolitik der SPD und führen zurück in alte Gräben. Sie verhindern jede Verbesserung der Bildungsleistung für Kinder sozial Schwächerer, weil sie real machbare Alternativen ausklammern und auf Illusionäres verweisen.“

Und weiter heißt es in dem Brief, ich zitiere:

„Der vorliegende Antrag beruft sich bei seinen Festlegungen für die Reform der Schulstruktur mit der Zielsetzung der flächendeckenden Gemeinschaftsschule immer wieder zu Unrecht auf wissenschaftliche Erkenntnisse aus PISA und anderen internationalen Studien. (...) Für die Einführung der

Gemeinschaftsschule gibt es aber keine wissenschaftliche Begründung.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Mit mir ist die Einheitsschule nicht zu machen. Sie brächte 10 Jahre Chaos. Keine Experimente auf dem Rücken der Kinder.

VII.

Einige Anmerkungen zur Westdeutschen Landesbank:

In den letzten Tagen wird in der Öffentlichkeit vermehrt der Ruf nach einem Verkauf der WestLB an die baden-württembergische Landesbank erhoben. Es wird intensiv Druck ausgeübt, weil angeblich ein Zeitdruck besteht.

Diese Landesregierung steht zu der Bank und zu ihren Mitarbeitern. Ich warne davor, die WestLB schlecht zu reden.

Die Sparkassenverbände haben das Land und die anderen Eigentümer in der vergangenen Woche über ihre Verhandlungen mit den baden-württembergischen Sparkassenverbänden informiert.

Die Bank ist aber nach allem, was mir der neue Vorstandschef und der Aufsichtsratsvorsitzende gesagt haben, trotz der zu

erwartenden Verluste, nicht in einer Schieflage.

- Die im Entwurf eines *Memorandum of Understanding* festgehaltenen Positionen sind für das Land nicht akzeptabel. Es besteht also bisher keine gemeinsame Verhandlungsposition, da die Verbände diese Verhandlungen ohne Beteiligung der anderen Eigentümer geführt haben.
- Die WestLB hat kein funktionierendes Geschäftsmodell. Das ist inzwischen auch bei den Sparkassenverbänden unstrittig. Das bisherige Geschäftsmodell soll trotzdem im Kern bestehen bleiben. Der WestLB soll im Unterschied zur LBBW auch in Zukunft der Einstieg in das Privatkundengeschäft verwehrt bleiben. Das Grundproblem der WestLB wird also nicht gelöst.
- Das Konzept der Sparkassenverbände kostet die Eigentümer viel Geld, da die Restrukturierungskosten bezahlt werden müssen.
- Die zwangsläufige Folge ist ein massiver Arbeitsplatzabbau. Standorte, wie z.B. Münster, werden in Frage gestellt.
- Der Finanzplatz NRW wird massiv geschwächt. Das gilt nicht nur für die WestLB, sondern auch für die Düsseldorfer Börse,

die durch den Eigentümerwechsel massiv in den Einflussbereich der Konkurrenz in Stuttgart fällt.

- Die Sparkassenverbände haben nur eine Lösungsmöglichkeit angeboten. Für erfolgreiche Verhandlungen braucht man Alternativen.

Die Landesregierung weiß, dass im Zuge der Konsolidierung der deutschen Bankenlandschaft die Position der Landesbanken diskutiert wird. Sie ist bereit, ihren Beitrag zur Neuausrichtung des Bankensystems zu leisten. Wie in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, wird die Landesregierung ihre Beteiligung an der WestLB einschließlich eines Verkaufs bestmöglich nutzen, so dass die Interessen der Bank und des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen gewahrt bleiben. Deshalb lassen wir uns nicht unter Druck setzen. Weder bei einem Verkauf noch bei den Verhandlungen.

Die Landesregierung ist sich mit dem Bundesfinanzminister einig, dass es unter vom Land Nordrhein-Westfalen zu bestimmenden Konditionen sinnvoll sein kann, eine Zusammenlegung mehrerer Landesbanken in einem großen Institut anzustreben. Entsprechend haben sich mehrere Länderregierungen/Landesbanken bei uns gemeldet. Deshalb macht es keinen Sinn, jetzt überhastet einen Ausverkauf der WestLB zu betreiben.

Wir brauchen Klarheit über Aufgaben und Struktur dieser neuen nationalen Bank. Letztlich muss geklärt werden, was im Interesse des Finanzplatzes Düsseldorf in Nordrhein-Westfalen verbleiben muss. Der Finanzminister führt weiterhin Gespräche mit nationalen und internationalen Banken und Investoren, die mündlich und schriftlich Interesse am Erwerb des Landesanteils geäußert haben.

Anrede,

die WestLB ist zurzeit in einer schwierigen Lage. Dazu haben Unfähigkeit und Überheblichkeit ebenso beigetragen, wie das aktuelle wirtschaftliche Umfeld. In den nächsten Tagen wird sowohl der BaFin-Bericht vorgelegt, wie die endgültige Höhe der dadurch entstandenen Verluste bekanntgegeben.

Die Landesregierung hält es für richtig, dass über Umfang, Geschehen und Verantwortlichkeiten Rechenschaft gelegt wird und auch die Verantwortlichen benannt werden. Es kann nicht sein, dass etwas unter den Teppich gekehrt wird und dass die öffentliche Hand, also die Bürger unseres Landes, den Schaden bezahlen sollen.

VIII.

Wenn wir Erfolg haben wollen, dann müssen wir endlich anfangen, von den enormen Leistungen der Menschen in unserem Land zu sprechen.

Es ist doch Unsinn zu behaupten, in Deutschland habe sich zu wenig geändert! Das Gegenteil ist richtig.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben vielfältige Einschränkungen hingenommen, bei den Einkommen, bei der Arbeitsplatzsicherheit.

Sie haben sich auch auf immer flexiblere Arbeitsstrukturen eingestellt. Sie haben auf stärkere Lohnerhöhungen verzichtet, weil sie wussten, dass die Unternehmen wettbewerbsfähiger werden mussten. Die Tarifparteien haben das unterstützt und mit moderaten Lohnabschlüssen die Grundlage für einen dauerhaften Aufschwung geschaffen. Und die Unternehmen haben hart gearbeitet, um sich im globalen Wettbewerb zu behaupten.

Allen Menschen in unserem Land gebührt dafür großer Dank. Wir sollten stolz sein auf das, was in diesem Land jeden Tag von geleistet wird. Mancher Redner und Streiter in Deutschland neigt zu Nörgelei. Aber andere Länder schauen auf uns wieder

voller Bewunderung. Wir müssen uns unserer Stärken noch mehr bewusst werden.

Und wir müssen darauf achten, dass alle vom Aufschwung profitieren. Ludwig Erhard hat nicht Wohlstand für wenige gefordert, sondern Wohlstand für alle. Die Landesregierung will, dass es allen Menschen besser geht. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit – das ist unsere Losung für die Zukunft. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.